

Stadt Bitterfeld-Wolfen
Rathausplatz 1
06766 Bitterfeld-Wolfen

Sitzungsniederschrift

Der Haupt- und Finanzausschuss führte seine 67. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Donnerstag, dem 20.02.2014, in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Wolfen, Rathausplatz 1, Rathaus, Beratungsraum 212, von 18:00 Uhr bis 20:40 Uhr, durch.

Teilnehmerliste

stimmberechtigt:

Vorsitz

Petra Wust

Mitglied

Klaus-Ari Gatter

Günter Herder

André Krillwitz

Gisela Lorenz

Armin Schenk

Jens Tetzlaff

i.V. von Herrn Lars-Jörn Zimmer

Mitarbeiter der Verwaltung

Herr Rolf Hülßner, GBL Finanz- und Ordnungswesen

abwesend:

Mitglied

Dr. Holger Welsch

Lars-Jörn Zimmer

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Donnerstag, den 20.02.2014, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.

Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

Bestätigte Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 16.01.14	
4	Haushalt der Stadt Bitterfeld-Wolfen	
5	Vorbereitung der Stadtratssitzung 26.02.14	
5.1	Steuersatzung 2014	Beschlussantrag 112-2013
5.2	Konzept zur Konsolidierung des Haushaltes 2014 und Folgejahre als Anlage zur Haushaltssatzung gemäß § 92 Abs. 3 Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) i.V.m. § 1 Abs. 2 Ziffer 7 Gemeindehaushaltsverordnung Doppik (GemHVO Doppik)	Beschlussantrag 172-2013
5.3	Haushaltssatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen für das Haushaltsjahr 2014	Beschlussantrag 171-2013
5.4	Gebührenordnung über die Erhebung von Parkgebühren in der Stadt Bitterfeld-Wolfen	Beschlussantrag 008-2014
5.5	Wiedereinrichtung eines Briefwahllokals im Ortsteil Bitterfeld	Beschlussantrag 223-2013
5.6	Wiedereinrichtung eines Briefwahllokals im Ortsteil Bitterfeld	Beschlussantrag 015-2014
5.7	Festlegung des Aufwandsersatzes für Mitglieder von Wahlvorständen bei der Kommunalwahl am 25.05.2014	Beschlussantrag 007-2014
5.8	7. Änderungssatzung zur Verbandssatzung vom 16.09.2005 des Zweckverbandes TechnologiePark Mitteldeutschland	Beschlussantrag 010-2014
5.9	Vertrag zur Parkplatzbewirtschaftung an der Goitzsche durch die STEG mbH	Beschlussantrag 166-2013
6	Mitteilungen, Anfragen, Anregungen, Berichte	
7	Schließung des öffentlichen Teils	

zu 1	<p>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit</p> <p>Die Oberbürgermeisterin, Frau Wust, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 7 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Der Ausschuss ist somit beschlussfähig.</p>	
zu 2	<p>Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung</p> <p>Die Oberbürgermeisterin teilt mit, dass sie den BA 001-2014 – Wahl einer Schiedsperson, von der TO nimmt, da sich bisher keine Person gefunden hat, dieses Amt zu übernehmen. Der BA wird zu gegebener Zeit wieder eingebracht.</p> <p>Die Tagesordnung wird in der geänderten Fassung bestätigt.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig mit Änderungen beschlossen</p>	<p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0</p>
zu 3	<p>Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 16.01.14</p> <p>Zur Niederschrift vom 16.01.14 gibt es keine Einwände; diese wird bestätigt.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich beschlossen</p>	<p>Ja 3 Nein 0 Enthaltung 4</p>
zu 4	<p>Haushalt der Stadt Bitterfeld-Wolfen</p> <p>Unter Verweis auf die TOPs 5.1. bis 5.3. gibt es keine Ausführungen unter diesem TOP.</p>	
zu 5	<p>Vorbereitung der Stadtratssitzung 26.02.14</p>	
zu 5.1	<p>Steuersatzung 2014</p> <p>Die Oberbürgermeisterin schlägt vor, die nachfolgenden BAs 112-, 172- und 173-2013 gemeinsam zu beraten, da diese sachlich im Zusammenhang stehen. Dazu gibt es keinen Widerspruch.</p> <p>Zunächst führt Herr Hülßner aus, dass es im Rahmen des 1. Entwurfs des Haushalts 2014 nunmehr im Wesentlichen um die 5. Ergänzung geht, wodurch ein rechtskonformer Haushalt vorliegen würde. Dies stellt allerdings nur eine Variante des HH-Ausgleichs dar. Er verweist noch einmal auf den Runderlass vom November 2013 zur vorübergehenden Erleichterung des HH-Ausgleichs, wonach der Fehlbedarf im Ergebnisplan 2014 mit dem Stand 4. Ergänzung zum 1. Entwurf 2014 von ca. -8,7 Mio. EUR um ca. 5,1 Mio. EUR verbessert werden könnte, so dass ein Restfehlbedarf von ca. -3,6 Mio. € verbleibt. Bei den im vorliegenden BA 112-2013 vorgeschlagenen Steuerhebesätzen geht man für das Jahr 2014 von einem Steuerhebesatz in Höhe von 450 v.H. und im Jahr 2015 in Höhe von 420 v.H. aus. Es ist wichtig, den noch zur Verfügung stehenden</p>	<p>Beschlussantrag 112-2013</p>

Entscheidungsspielraum bis zum 30.06.14 zu nutzen; danach wäre eine Hebesatzerhöhung nicht mehr möglich. Es ist absehbar, dass die zu erbringende Konsolidierungssumme aus sonstigen Maßnahmen nicht zur Verfügung gestellt werden kann. Viele Vorschläge gehen darauf hinaus, wie das HH-Konsolidierungskonzept auch weiter gestaltet werden kann. Es gibt auch konkrete Dinge, die im Rahmen des Beschlusses 128-2013 des Stadtrates bzgl. der Beseitigung von Doppelstrukturen vorgesehen, allerdings mittel- und langfristig angelegt, jedoch im Augenblick zum Ausgleich des Haushaltes 2014 nicht von Nutzen sind. Es ist vielmehr eine sofortige Liquidität bei allen Maßnahmen notwendig.

Herr Schenk führt aus, dass man, wie bereits in der Sonder-AG Haushalt diskutiert wurde, eine Anhebung der Hebesätze auf 450 v.H. im Stadtrat politisch als nicht mehrheitsfähig einschätzt. Es wurde darum gebeten, einen Vorschlag der CDU-Fraktion zu prüfen, eine Anhebung der Steuerhebesätze einmalig auf 420 v.H. für das HH-Jahr 2014 und in den Ausgabenpositionen 10 und 12 des Gesamtergebnisplanes festzulegen, was in Summe das Defizit ausmachen würde.

Die **OB** betont, dass derartige pauschale Kürzungen nicht möglich sind. Man muss konkret mitteilen, an welcher Stelle gespart werden soll und auch die Aufgaben daran knüpfen. Im Rahmen der HH-Konsolidierung wurde bereits an vielen Stellen gekürzt. Zu beachten sei auch, dass der größte Teil des HH mit Verträgen belegt ist. An Personalkosten wurden in den 7 Jahren seit dem Zusammenschluss über 6 Mio. € eingespart. Derzeit ist ein Durchschnittsalter in der Verwaltung von über 50 Jahren zu verzeichnen; weitere Mitarbeiter werden ausscheiden. Die Kommunalaufsicht hatte in der HH-Verfügung mitgeteilt, dass die Verwaltung auch in Zukunft handlungsfähig sein muss und junge Leute benötigt werden.

Frau Lorenz bringt zum Ausdruck, dass eine Anhebung der Hebesätze auf 450 v.H. in der Fraktion keine Mehrheit findet. Daher wird vorgeschlagen, alle Budget-Ansätze um 5 % zu kürzen. Dies würde nach Meinung der Fraktion ebenso bedeuten, dass dies auch die Kreisumlage und die Abführungen an das Land betrifft. Man müsse als Stadt einen gewissen Ruf nach außen vertreten und nicht den Eindruck einer teuren Stadt vermitteln. Daher sollten Überlegungen angestellt werden, ob es nicht doch noch andere Einsparmöglichkeiten gibt. Im Jahre 2012 wurden schon einmal Gewerbesteuern angehoben; es gab weitere Einbrüche.

Frau Wust betont, dass man im HH bereits eine Summe in Höhe von ca. 2 Mio. € eingespart hat. Wenn jetzt noch eingespart wird, würde es an die freiwilligen Aufgaben gehen. Ein pauschaler Beschluss wäre rechtswidrig. Zur Zahlung der Kreisumlage ist die Stadt verpflichtet.

Herr Schenk verweist auf die differenzierten Vorschläge der CDU-Fraktion, wo man von einer Kürzung in Höhe von 5 % bei den Positionen 10 (Personalkosten) und 12 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) ausgeht.

Herr Krillwitz äußert, dass in Magdeburg zum Ausdruck kam, dass auch die Pflichtaufgaben betrachtet werden müssen. Die Problematik

Haustarifverträge sollte in Betracht gezogen werden, woraufhin die **OB** auf den Stellenbedarfsplan verweist, wo entsprechende Aufgaben festgelegt sind. Wenn man Personal einparen wolle, muss gesagt werden, welche Aufgaben entweder im freiwilligen oder im pflichtigen Bereich nicht mehr wahrgenommen werden sollen. Auf den Vorschlag von **Herrn Herder** in Bezug auf den Runderlass zur Erleichterung des HH-Ausgleichs, ob es evtl. möglich wäre, außerordentliche Aufwendungen in die Berechnungen mit einzubeziehen, bemerkt Herr Hülßner, dass man diese Aufwendungen im Gesamtplan sichtbar machen muss. Man würde letztendlich wieder auf dieselbe Summe kommen.

Herr Schenk hebt noch einmal die Wichtigkeit eines genehmigungsfähigen Haushalts hervor; die Investitionsvorhaben sollten umgesetzt werden können. Eine Steuererhöhung in Höhe von 450 v.H. hätte eine abschreckende Wirkung auf die Bevölkerung und die Unternehmen. Viele vergleichbare Industriestädte in S.A. haben niedrigere Steuerhebesätze.

Die **OB** bemerkt, dass man aufgrund der gesunkenen Ew-Zahlen alles auf den Prüfstand stellen muss. Viele Dinge im Hinblick auf die Doppelstrukturen werden allerdings von vornherein abgeblockt. Man müsste sich z.B. auch von einigen Friedhöfen trennen. In Betracht gezogen werden sollte auch die Anzahl der Ausschuss-, Stadtrats- und Ortschaftsratssitzungen im Vergleich mit anderen Kommunen, wo auch Personal benötigt wird. Die Strukturänderungen im Rahmen des Abbaus von Doppelstrukturen sind längerfristig angelegt; im Augenblick benötigt die Stadt allerdings die Liquidität.

Auf die Frage von **Herrn Gatter**, ob die Stadt nicht versuchen sollte, andere Trägerschaften für die Friedhöfe zu finden, äußert die **OB**, dass der Friedhof in Reuden von der Kirche betrieben wird, die allerdings keinen weiteren Friedhof übernehmen würde. In Rödgen/Zschepkau hat man von Seiten eines Vereins gesagt, dass man eine Trägerschaft prüfen wolle. Einen großen Friedhof könne man allerdings nicht in private Hände geben.

Herr Krillwitz spricht die Problematik Feuerwehren an, wobei die **OB** auf die vom Stadtrat beschlossene Risikoanalyse verweist, die in einigen Jahren überarbeitet werden muss. Wenn der Stadtrat allerdings der Meinung ist, dass dies vorfristig erfolgen soll, müsste er einen Beschluss fassen. Mit dem Haushalt werden auch die Investitionen beschlossen, wobei es dem Stadtrat obliegt, Änderungsanträge einzubringen.

Herr Herder bringt nochmals das Thema Sperrvermerke zur Sprache, wo er zum BA 171-2013 Streichungen beantragt hat (bei den Geschäftsaufwendungen für Personalrat und Neubau Ortsfeuerwehr OT Reuden), wobei die **OB** bemerkt, dass letzterer auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses gesetzt wurde. Es obliegt dem Stadtrat, über eine eventuelle Streichung von Sperrvermerken zu entscheiden.

Herr Tetzlaff geht an dieser Stelle noch einmal auf den von der CDU-Fraktion und von Herrn Schenk vorgebrachten Änderungsantrag ein; eventuell könnte auch interfraktionell ein Kompromiss gefunden

	<p>werden. Die OB bittet, dass ein solcher dann noch möglichst vor der Stadtratssitzung vorgelegt werden sollte, so dass versucht werden kann, Lösungsmöglichkeiten zu finden. Nach weiterer Diskussion wird folgendes Abstimmungsprocedere zu den einzelnen Beschlussanträgen vorgenommen:</p> <p><i>(Zum ursprünglichen Änderungsantrag von Herrn Herder - Grundsteuer A von 310 v.H. auf 320 v.H.; B von 390 v.H. auf 400 v.H. und Gewerbesteuer von 390 v.H. auf 400 v.H. bemerkt Herr Herder, dass darüber nochmals in der Fraktion gesprochen wird.)</i></p> <p>Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum BA zum BA 112-2013 (Punkt 1):</p> <p>Die Steuerhebesätze sollen nicht erhöht werden und in der 2013 gültigen Fassung weiterhin gelten: Grundsteuer A: 300 v.H., Grundsteuer B: 380 v.H., Gewerbesteuer: 380 v.H.</p> <p>Abstimmung: 2 Ja-, 4 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung <i>(nicht empfohlen)</i></p> <p>Änderungsantrag der CDU-Fraktion:</p> <p>Anhebung der Steuerhebesätze für die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer auf: 420 v.H. in 2014 und 390 v.H. in 2015</p> <p>Abstimmung: 3 Ja-, 2 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen <i>(empfohlen)</i></p> <p>Die OB teilt mit, dass sie den Antrag nicht übernimmt, eine Empfehlung über den ursprünglichen BA 112-2013 erfolgt an dieser Stelle nicht.</p>	
zu 5.2	<p>Konzept zur Konsolidierung des Haushaltes 2014 und Folgejahre als Anlage zur Haushaltssatzung gemäß § 92 Abs. 3 Gemeindeordnung für das Land Sachsen--Anhalt (GO LSA) i.V.m. § 1 Abs. 2 Ziffer 7 Gemeindehaushaltsverordnung Doppik (GemHVO Doppik)</p> <p>s. TOP 5.1.</p> <p><i>Über den Änderungsantrag von Herrn Herder – auf S. 19 ist der Punkt 8 ersatzlos zu streichen. Aus Punkt 9 wird Punkt 8 und auf S. 21 sind die Erläuterungen zu 8. ... ersatzlos zu streichen. Zu 9. Ist in Zu 8 ebenso zu ändern. Ebenso ist im Maßnahmekatalog unter Budget 02 lfd. Nr.1 auf Seite A7 die Maßnahme V-6) ersatzlos zu streichen. Aus V-7) wird V-6) wird vom HFA keine Empfehlung gegeben.</i></p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 171-2013 zur Beschlussfassung.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich empfohlen</p>	<p>Beschlussantrag 172-2013</p> <p>Ja 4 Nein 0 Enthaltung 3</p>

	<p>Bitterfeld-Wolfen</p> <p>Herr Schenk bemerkt, dass er im Stadtrat versuchen wird, die BAs 008-2014 und 166-2013, die inhaltlich im Zusammenhang stehen, nacheinander zu behandeln. Bei der Feststellung der Tagesordnung war ihm das zunächst nicht aufgefallen. In der Fraktion wurde festgestellt, dass nunmehr eine Parkplatzentwicklung und eine Gebührensituation von der STEG, vom Zweckverband und von einem Privaten vorliegt. Die Überlegungen sind dahingehend, für diejenigen eine Regelung zu finden, die ein Tagesticket in der Stadt Bitterfeld-Wolfen kaufen wollen, dass diese auch die Parkplätze von allen drei Betreibern nutzen können.</p> <p>Frau Wust bemerkt, dass es das Ziel sei, dass einheitliche Parkgebühren gelten und dass alle Parkmöglichkeiten unter einem einheitlichen Logo unterhalten werden. Es besteht eine entsprechende Arbeitsgruppe, in der das Thema auch behandelt wird.</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 008-2014 zur Beschlussfassung.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich empfohlen</p>	<p>008-2014</p> <p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1</p>
<p>zu 5.5</p>	<p>Wiedereinrichtung eines Briefwahllokals im Ortsteil Bitterfeld</p> <p>Herrn Herder weist darauf hin, dass der BA eigentlich vom Stadtrat nicht beschlossen werden könne, da im Antragsinhalt formuliert ist, dass der Ortschaftsrat beschließt ...</p> <p>Die OB bittet unabhängig davon, dass von einem der Einreicher hierzu Stellung bezogen wird.</p> <p>Herr Gatter gibt die Begründung, dass es den Einreichern um die Bürgernähe geht, dass diese die Möglichkeit haben, die Briefwahl auch in einem Wahllokal im OT Bitterfeld zu vollziehen. Viele ältere Bürger sind nicht mehr so mobil bzw. sind daran gewöhnt, in ihrem Wahllokal u.U. Hilfe von den Beisitzern zu bekommen. Man wolle, dass möglichst viele Bürger zur Wahl gehen.</p> <p>Herr Herder verweist auf seinen Änderungsantrag zum BA 015-2014, dass zwei Briefwahllokale sowohl im Rathaus im OT Wolfen und im Rathaus OT Bitterfeld beschlossen werden. Ansonsten laufe man s.E. Gefahr, dass das Wolfener Wahllokal verschwindet und nur das im OT Bitterfeld vorgehalten wird.</p> <p>Die OB bemerkt dazu, dass es tatsächlich nur ein Briefwahllokal geben wird, weil die Wahl per Brief vollzogen werden soll, was vom Gesetzgeber auch so beabsichtigt ist. Wenn man sich allerdings für den OT Bitterfeld entscheiden sollte, wird dort keine Meldestelle sein oder umgekehrt. Die OB weist darauf hin, dass sie personell zwei Briefwahllokale und die Meldestelle nicht abdecken könnte und die Organisation der Verwaltung in ihre Zuständigkeit fällt.</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss gibt sodann nachfolgendes Votum zum BA 223-2013 ab:</p> <p style="text-align: right;">nicht empfohlen</p>	<p>Beschlussantrag 223-2013</p> <p>Ja 0 Nein 6 Enthaltung 1</p>
<p>zu 5.6</p>	<p>Wiedereinrichtung eines Briefwahllokals im Ortsteil Bitterfeld</p> <p>s. dazu TOP 5.5.</p> <p>Der Änderungsantrag von der Fraktion DIE LINKE., für alle künftigen Wahlen die Einrichtung eines Briefwahllokals sowohl im Rathaus OT Wolfen und im Rathaus OT Bitterfeld einzurichten wird mit 3 Ja- und 4</p>	<p>Beschlussantrag 015-2014</p> <p>Ja 3 Nein 4 Enthaltung 0</p>

	<p>Nein-Stimmen abgelehnt.</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss gibt zum BA 015-2013 folgendes Votum ab:</p> <p style="text-align: right;">nicht empfohlen</p>	
zu 5.7	<p>Festlegung des Aufwandsersatzes für Mitglieder von Wahlvorständen bei der Kommunalwahl am 25.05.2014</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 007-2014 zur Beschlussfassung.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig empfohlen</p>	<p>Beschlussantrag 007-2014</p> <p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0</p>
zu 5.8	<p>7. Änderungssatzung zur Verbandssatzung vom 16.09.2005 des Zweckverbandes TechnologiePark Mitteldeutschland</p> <p>Die OB bittet, folgende Änderung vorzunehmen: Im § 11, Abs. 6, Satz 2 ist das Wort „ist“ durch das Wort „wird“ zu ändern, da es die Auseinandersetzungsvereinbarung noch nicht gibt. Herr Krillwitz hinterfragt, wie es um die derzeitige Arbeitsfähigkeit des ZV TechnologiePark bestellt ist. Die OB bemerkt, dass es derzeit noch keine Einigung gibt. Ein Vertragsentwurf liegt vor. Wenn keine Einigung bis Mitte des Jahres erfolgt, muss jeder für seine Sicherheit selbst sorgen. Auf die Frage von Herrn Herder äußert die OB, dass die Kosten für die Abwasserdruckleitung noch nicht geklärt sind. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 010-2014 zur Beschlussfassung.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich empfohlen</p>	<p>Beschlussantrag 010-2014</p> <p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1</p>
zu 5.9	<p>Vertrag zur Parkplatzbewirtschaftung an der Goitzsche durch die STEG mbH</p> <p>Die OB bemerkt, dass hierzu Herr Rienäcker, GF der Stadtentwicklungsgesellschaft mbH anwesend ist. Nach Bestätigung des Rederechts durch die HFA-Mitglieder richtet Herr Rienäcker einige Worte an das Gremium zum vorliegenden BA. Er bemerkt u.a., dass die Gebührensätze gem. BA 008-2013 mit dem Zweckverband Goitzsche abgestimmt wurden und auch von dem neuen Investor übernommen werden. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 166-2013 zur Beschlussfassung.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig empfohlen</p>	<p>Beschlussantrag 166-2013</p> <p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0</p>
zu 6	<p>Mitteilungen, Anfragen, Anregungen, Berichte</p> <p>Herr Herder bezieht sich auf einen kürzlich erschienenen MZ-Artikel, wonach 70 Kinder aus Raguhn-Jeßnitz außerhalb der Stadtgrenze in Kitas betreut werden. Er fragt, welche finanziellen Auswirkungen dies für Bitterfeld-Wolfen hat. Die OB bemerkt, dass die Stadt hierfür die Kosten in Rechnung stellt. Die Verfahrensweise ist seit vielen Jahren auch so üblich. Sie bemerkt, dass hauptsächlich die Krippenplätze die teuersten sind. Hier würde es sich ihrer Meinung nach eher rechnen, wenn man den Platz bezahlt, als wenn man selbst eine Einrichtung baut und diese vorhält.</p>	

Auf die Frage, wieviel die Kosten ausmachen, bemerkt die **OB**, dass sie die Information noch nachreicht.

Herr Krillwitz bezieht sich auf die Straße der Chemiewerker / Dr. Otto-Nuschke-Straße in Wolfen-Nord und fragt, ob diese repariert werden kann, obwohl kein bestätigter Haushalt vorliegt, worauf

Frau Wust äußert, dass die Straße unter dem Gesichtspunkt der Gefahrenabwehr zu sehen ist und erledigt werden muss.

Herr Gatter fragt nach der Problematik der Pflege der Grünflächen in der Kraftwerkssiedlung, die der Stadt gehören. Sind dort Aktivitäten gelaufen? Die **OB** kann darüber momentan keine Aussage treffen. Die Pflege wird auf den öffentlichen Flächen regelmäßig durchgeführt; es ist allerdings nur eine bestimmte Fläche vor den Grundstücken in die Pflege einbezogen. Auch Grünflächenpflege gehört u.a. zur HH-Konsolidierung.

Herr Gatter bittet, das nochmals zu kontrollieren.

Herr Schenk bemerkt, dass er von Thalheimer Bürgern aus dem Neubaugebiet unterrichtet wurde, dass vor kurzem eine große „Knöllchen-Aktion“ stattfand. Viele Bürger, die seit Jahren an einer bestimmten Stelle geparkt hatten, wurden belangt. Dies mag s.E. formaljuristisch korrekt sein, er ist allerdings der Meinung, dass man den Bürgern zunächst erst einmal einen Hinweis geben und erst im Wiederholungsfall tätig werden sollte. Es entstand der Eindruck, dass die Aktion zur Einnahmeverbesserung der Stadt und nicht unbedingt zur Disziplinierung der Bürger dienen sollte.

Die **OB** bemerkt, dass einerseits oft gesagt wird, der Bereich Ordnung ist zu wenig unterwegs, andererseits wird kritisiert, wenn man Einnahmen zu verzeichnen habe.

Die **OB** informiert u.a. darüber, dass

- am 05.02. eine weitere Zusammenkunft mit der GELSENWASSER AG, Herrn Deters, Vorstandsvorsitzender und Herrn Heine im Rathaus Wolfen stattfand; was sie als sehr positives Gespräch einschätzt,

- die Regionale Planungsgemeinschaft am 07.02.14 in Köthen tagte (Schwerpunktthema: Mittelzentren / Grundzentren), worüber die OB einige Informationen gibt und

- am 10.02.14 von Lotto-Toto im Frauenzentrum ein Scheck an das Frauenhaus übergeben wurde.

Die OB bittet, im Rahmen der HH-Konsolidierung, zu überlegen, ob man evtl. bei den Städtepartnerschaften einen anderen Turnus findet. Ferner erwähnt sie die Sportvereine und bittet in den Ortschaftsräten zu prüfen, ob diese gleichberechtigt finanziell bedacht werden, da es Vereine gibt, die für alle Kosten aufkommen, andere wiederum nutzen Gebäude der Stadt.

Außerdem gibt Frau Wust bekannt, dass das Oberverwaltungsgericht die Klage Thalheims bzgl. der Mehrzweckhalle abgewiesen hat. Des Weiteren geht sie auf die Beschwerde bzw. das Prüfbegehren von Herrn Krillwitz, A. zur Problematik Einrichtung eines Beigeordneten ein. Dazu ging am heutigen Tage von der Kommunalaufsicht ebenso ein Antwortschreiben ein; es wurde ein abschlägiger Bescheid erteilt.

Die Schreiben werden als Anlage der Niederschrift beigefügt.

Die OB erwähnt noch eine Anfrage von Frau Vogel, CDU-Fraktion, zur Nutzung der Laptops und teilt mit, dass diese bis zum Ende der Legislaturperiode von jedem Stadtrat genutzt werden können. Herr Schenk bittet zu beachten, dass die Legislaturperiode bis zum 30.06.14 gilt.

zu 7

Schließung des öffentlichen Teils

Die Oberbürgermeisterin schließt gegen 20:10 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.	
---	--

gez.
Petra Wust
Ausschussvorsitzende

gez.
Ilona Bütow
Protokollantin